Die Rheine Nachricht

Stadt Rheine • Die Bürgermeisterin • Pressereferat • 48427 Rheine
Tel. 0 59 71 / 939-222 • Fax 0 59 71 / 939-8222 • E-Mail pressereferat@rheine.de

Chef der Staatskanzlei sichert Unterstützung zu Bundeswehrkonversion gemeinsam bewältigen

Rheine. Die Folgen der Schließung des letzten Bundeswehrstandortes im Jahr 2018 kann die Stadt Rheine nicht alleine stemmen, darin sind sich die Vorsitzenden der Rheiner Ratsfraktionen mit Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder einig. Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Landesregierung wurden bei einem Gespräch mit dem Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Franz-Josef Lersch-Mense, Ende Dezember des vergangenen Jahres ausgelotet. Lersch-Mense begrüßte die Rheinenser Delegation gemeinsam mit Jürgen Thiele, Abteilungsleiter Ressortkoordination in der Staatskanzlei, und seinem Mitarbeiter Marcel Mosters sowie mit Michael Deitmer und Ulrich Burmeister, die im Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk bzw. im Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr jeweils für Konversionsfragen zuständig sind. Der Chef der Staatskanzlei lobte im Rahmen des rund 2-stündigen Gespräches in der 11. Etage der Staatskanzlei am Rheinufer in Düsseldorf die umfangreichen Vorarbeiten der Stadt, den Konversionsprozess und die strukturelle und wirtschaftliche Entwicklung Rheines aktiv steuern zu wollen.

Vorausgegangen waren Präsentationen von Rheines Erstem Beigeordneten Jan Kuhlmann, der einen Überblick über Lage und Beschaffenheit der militärischen Konversionsflächen in Rheine gab. Mit 610,5 ha im gesamten Stadtgebiet stelle die Entwicklung von Konversionsflächen eine besondere Herausforderung dar, so Kuhlmann. Bestandteil seiner Ausführungen war auch ein Blick auf die Auswirkungen der Kasernenschließungen in wirtschaftlicher Hinsicht. Mit einer fehlenden Nettolohnsumme von rund 17,25 Millionen € seien auch Auswirkungen auf dem Wohnungsmarkt und auf Handwerk, Handel und Dienstleistungsgewerbe zu erwarten. Insofern erhoffe sich Rheine seitens der Landesregierung Unterstützung, so der für Konversion zuständige Erste Beigeordnete und nebenamtliche Geschäftsführer der Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH. Deren Geschäftsführer Dr. Manfred Janssen griff diesen Ball auf und skizzierte Chancen für Stadt und Region bei einer Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, kurz EFRE, in der neuen Förderperiode von 2014-2020. Neben der Bundeswehrkonversion gelte es in der Region auch den sich aus der Zechenschließung in Ibbenbüren im Jahr 2017 zu erwartenden Strukturwandel zu bewältigen, so Janssen. Gemeinsam mit der Region könne sich Rheine als Modellregion profilieren und den Strukturwandel und die Konversionsfolgen mittels eines regionalen Handlungskonzeptes bewältigen.

In der sich anschließenden Diskussion sahen die Ministeriumsvertreter Michael Deitmer und Ulrich Burmeister die Entwicklungsperspektiven der Stadt in Richtung Modellregion eher zurückhaltend, da die Rahmenbedingungen für die neue EFRE-Förderperiode sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene noch diskutiert würden. Zudem müssten sich interessierte Kommunen dann auch noch einem Wettbewerbsverfahren stellen.

„Wir sollten zunächst die militärischen Konversionsflächen insgesamt in den Blick nehmen und Perspektiven für tragfähige Nachnutzungen entwickeln“, schlug der

Chef der Staatskanzlei der Rheinenser Delegation vor. Er bot die Durchführung von Perspektivwerkstätten durch die Landesgesellschaft NRW.URBAN an, die Kommunen bereits seit vielen Jahren bei der Entwicklung von Konversionsstrategien unterstütze. Aus der Zusammenarbeit könnten dann zukünftige Nutzungsperspektiven entwickelt werden, so Lersch-Mense. Zum Abschluss des Gespräches dankte Rheines Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder für den konstruktiven Gedankenaustausch und das Angebot, gemeinsam mit NRW.URBAN zunächst Planungswerkstätten durchzuführen und daraus auch Perspektiven für ein regionales Handlungskonzept zu entwickeln. Konkretisiert werden die Vorschläge in weiteren Gesprächen zwischen der Stadt Rheine und NRW.URBAN zu Beginn des nächsten Jahres.

Foto (Stadtpressestelle): Jan Kuhlmann, Erster Beigeordneter, Dr. Manfred Janssen, Geschäftsführer EWG für Rheine, Michael Reiske, Udo Bonk, Alfred Holtel, Jürgen Roscher, Fraktionsvorsitzende, Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder, Ulrich Burmeister, Städtebauministerium, Franz-Josef Lersch-Mense, Chef der Staatskanzlei, Jürgen Thiele, Abteilungsleiter Ressortkoordination, Michael Deitmer, Wirtschaftsministerium, Marcel Mosters, Staatskanzlei.